

- Agenda „Bildung 21“ für Bremen und Bremerhaven - - Positionspapier der CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft -

Bessere Bildung ist unsere Zukunft

Bildung im Allgemeinen ist zu einem der wichtigsten Themen der Gegenwart geworden. In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist das Wissen und Können der Menschen die wichtigste Ressource. In einem globalisierten Wettbewerb nimmt nicht nur die Konkurrenz um Produkte und Märkte zu, sondern auch die um die besten Köpfe. Schon jetzt wird für die Zukunft ein Mangel an Fachkräften, insbesondere im MINT-Bereich (MINT = **M**athematik, **I**nformatik, **N**aturwissenschaft und **T**echnik) prognostiziert. Für Deutschland und insbesondere für das Bundesland Bremen reicht es deshalb nicht, im Bereich Bildung „viel“ zu tun, sondern wir müssen es besser, zielgerichteter und effektiver machen als die „Anderen“. Nur so werden wir unsere wirtschaftliche Prosperität und Leistungsfähigkeit erhalten. Diese sind auch die Voraussetzungen für unsere Standards des sozialen Ausgleichs und die materielle Grundlage gesellschaftlicher Solidarität.

Bildung als Bestandteil sozialer und gesellschaftlicher Gerechtigkeit

Bildung ist auf der individuellen Ebene nach wie vor die beste und nachhaltigste Vorsorge und Investition für eine gelingende Zukunft und aktive Teilhabe. Berufliche Chancen, soziale Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe sowie sozialer Status und Aufstieg sind maßgeblich mit individueller Bildung verbunden. Dem entspricht, dass gleiche Bildungschancen ein zentraler Bestandteil sozialer und gesellschaftlicher Gerechtigkeit sind. Wir sind uns bewusst, dass es unsere politische Verantwortung ist, faire und möglichst gleiche Ausgangs- und Rahmenbedingungen zu schaffen, die es jedem ermöglichen, seine Talente, Fähigkeiten, Ziele und Motivationen zu entwickeln. Dieses dann wahrzunehmen, bleibt in erster Linie eine individuelle Verantwortung und die der Eltern. Die hohe und sich eher noch verstärkende Abhängigkeit des Zugangs zu Bildungschancen vom sozialen Status jedoch, insbesondere in Bremen, widerspricht genau diesem Grundsatz diametral und ist deshalb ein zentrales Versagen Rot/Grüner Politik in Bremen, das nicht weiter hingenommen werden darf und das den gesellschaftlichen Konsens infrage stellt. Aber auch aus rein wirtschaftlicher Betrachtung heraus kann sich Deutschland keine weitere Verschwendung von Talenten leisten. Ziel und Maßstab von Bildungspolitik muss sein und bleiben, allen Schülerinnen und Schülern einen anschlussfähigen und ihren Begabungen entsprechenden Abschluss zu ermöglichen.

Neue Anforderungen erfordern bedarfsgerechte Ausstattung und langfristige Perspektive

Bildung und Erziehung bleiben zwei Seiten einer Medaille und sind die gemeinsame Aufgabe von Eltern und Schule. Organisierte Bildung in Schulen hat heute aber zusätzliche Aufgaben von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung: Integration, soziale Betreuung und Unterstützung von Kindern, Stadtteilarbeit im Netzwerk und Nahbereich der Region und Elternarbeit sind Beispiele, die perspektivisch eine andere und eine anders ausgestattete Schule erfordern. Wir teilen die Ziele von Inklusion, Ganztagschule und Oberschule, kritisieren aber die Umsetzung und mangelhafte materielle, personelle und zeitliche Vorbereitung und Ausstattung der Reformvorhaben.

Schulen und Bildung nicht überfordern

Bildung in unseren Schulen darf nicht mit Erwartungen und Forderungen überfrachtet werden. Schulen können nicht alle gesellschaftlichen und sozialen Defizite kompensieren. Sie sind auf das Mitwirken der Eltern, zunehmend aber auch auf Netzwerke mit anderen Trägern von Unterstützungsleistungen angewiesen. Schule braucht starke Familien, die ihre Verantwortung für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder wahrnehmen. Diese Verantwortung müssen wir stärken, aber auch einfordern. Schule braucht dazu Zeit: Für Entwicklung und Veränderung, stabile Rahmenbedingungen, hoch motivierte Lehrkräfte, nicht jedoch täglich eine neue Idee. Reformen brauchen zudem Beteiligung und sind vorzugsweise mit dem Instrument der (schulindividuellen) Zielvereinbarung zu planen und zu realisieren. Wer realistisch will, dass Schule morgen veränderten Erwartungen gerecht wird, muss heute auf der Grundlage von Transparenz, Dialog und Beteiligung damit beginnen.

Bildung ist mehr als das Abitur

Bildung ist mehr als eine einseitige Fokussierung auf die Hochschulreife. Das ideologische Motto „Zwei Wege – Ein Ziel“, das den Eindruck erweckt, dass Oberschule und Gymnasium gleichermaßen profiliert sind und zumindest mit Priorität identische Zielsetzungen zum Erwerb des Abiturs verfolgen, macht das eigentliche Ziel von Rot-Grün in der Zukunft deutlich: Den Weg in die Einheitsschule. Für uns gilt: Nicht jeder kann und muss das Abitur erwerben, nicht für jeden Beruf ist das Abitur erforderlich. Deshalb ist eine „Inflation“ höchster Bildungsabschlüsse ein falsches Signal und ein Weg in eine bildungspolitische Sackgasse. Gerade die Schwächeren wären die Verlierer dieser Politik. Daher müssen das Schulsystem und die unterschiedlichen schulischen Qualifikationen einer vielfältigen Berufswelt mit diversifizierten Anforderungen entsprechen. Wir wollen realistische Chancen eröffnen, aber keine falschen Erwartungen wecken und Bildungsabschlüsse nicht (weiter) entwerten. Die Reduzierung von Anforderungen ist das Gegenteil von dem was wir brauchen: Leistungsorientierung und eine qualitative Entwicklung der Schulen. Wir setzen dem deshalb eine gleiche Wertschätzung aller Abschlüsse gegenüber, eine Gleichbehandlung von Studium und beruflicher Ausbildung, eine Förderung entsprechend den Talenten und Neigungen sowie ein entsprechend differenzierendes und gegliedertes Schulsystem. Wir wollen Vielfalt und Chancengerechtigkeit, aber keine Gleichmacherei.

Gute Bildung heißt lebenslanges Lernen fördern

Bildung im 21. Jahrhundert ist nicht mehr auf eine bestimmte Lebensspanne begrenzt. Lebenslanges Lernen ist nicht nur ein Gebot schneller technologischer Entwicklungen, sondern auch Voraussetzung beruflicher, politischer und gesellschaftlicher Teilhabe und Mobilität. Frühkindliche Bildung, Schule, Studium und berufliche Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung müssen stärker als bisher im Zusammenhang entwickelt werden. Dieses ist nicht nur eine Frage der effektiven Nutzung bildungsintensiver Lebenszeit im Kindesalter oder der wirtschaftlichen „Zweckmäßigkeit“ von Fortbildung im Erwachsenenalter, sondern auch eine der gesellschaftlichen und politischen Stabilität. Bildung schafft Beteiligung und Beteiligung aktiviert und entwickelt Wissen, Können und Motivation. Schulisches Lernen ist insofern insbesondere dann erfolgreich, wenn es zum Weiterlernen qualifiziert und motiviert.

Bildung braucht vergleichbare Standards

Bildung in Bremen wird jedoch nicht ausreichend zukunftsorientiert aus der Perspektive veränderter Aufgaben und Zielrichtungen diskutiert, sondern überwiegend reaktiv aus dem

Blickwinkel von Mängeln, Unzufriedenheit und Versäumnissen. Trotz unbestrittener Bemühungen um Verbesserungen kann nicht außer Acht bleiben, dass stets hintere Plätze in überregionalen Vergleichsstudien ein Mehr und eine Kultur der besonderen Anstrengung erfordern. Nicht ein Niveau halten, sondern besser werden, aufholen, Abstände verringern muss das Ziel sein. Ein kleines Land wie Bremen steht noch unmittelbarer in Konkurrenz zum Umland als dieses in Flächenländern der Fall ist. Um gleiche Chancen für unsere Kinder zu erhalten, brauchen wir vergleichbare Standards in allen Bundesländern (insbesondere Niedersachsen) und damit den Vorrang für mehr Qualität als oberstes Ziel Bremischer Bildungspolitik.

Bildungsqualität ist wesentlich von der Qualität der Lehrkräfte abhängig

Bildung hängt nicht nur quantitativ, sondern insbesondere qualitativ vom (lehrenden) Personal ab. Wir wollen eine Evaluation der Lehrerbildung und eine frühzeitigere Einbeziehung der Praxis in die Ausbildung. Gleichzeitig ist der Beruf zukunftssicher zu machen. Dazu gehört nicht nur die Einbeziehung der Inklusion und ihrer veränderten Anforderungen in die Ausbildung. Dazu gehört auch der Erhalt der Attraktivität in der (überregionalen) Konkurrenz um die besten Bewerber und Absolventen. Dazu brauchen wir eine Bezahlung und Verbeamtungspraxis, die den Verhältnissen und dem Niveau des Umlandes sowie des Bundesdurchschnitts entsprechen. Die Rot-Grüne Landesregierung hat hier nicht nur ungerechte, sondern auch zukunftsgefährdende Verhältnisse und Disparitäten entstehen lassen.

Bildung ist Vielfalt

Bildung muss auf die gesamte Bandbreite der Realität, der Talente und persönlichen Ziele ausgerichtet und vorbereitet sein. Ein breites Angebot unterschiedlich profilierter Schulen gehört genauso dazu wie das selbstverständliche und gleichberechtigte Nebeneinander unterschiedlicher Träger. Für uns sind Schulen in freier Trägerschaft nicht nur ein wertzuschätzender und förderungswürdiger Ausdruck bürgerlicher Wahlfreiheit und bürgerschaftlichen Engagements, sondern auch Schrittmacher pädagogischer Entwicklungen. Die Maßstäbe gleicher Aufgaben, Ziele und Standards müssen sich in der Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit der Ausstattung wiederfinden. Wir wollen Gemeinsamkeit und ein Miteinander der öffentlichen und „privaten“ Schulen zum Nutzen aller, statt, wie Rot-Grün, Abgrenzung und Distanz zu betonen.

Bildung ist mehr als Wissensvermittlung

Bildung ist mehr als Qualifizierung, mehr als Berufs- und Studienvorbereitung. Für uns war und bleibt es die Vermittlung gleichermaßen von Wissen und Werten. Auch deshalb ist die überstürzte und unter mangelhafter Beteiligung stattfindende Abschaffung der Biblischen Geschichte zu Gunsten einer neutralen „Religionskunde“ ein Fehler und ein falsches Signal. Für uns bleibt ein konfessionell gebundener Religionsunterricht, wie er in den meisten Bundesländern üblich ist, der richtige Weg hin zu einer individuellen Entwicklung von religiöser und kultureller Identität. Dieser soll religiöse Inhalte anderer Bekenntnisse mit umfassen und Verständnis und Toleranz für religiös-gesellschaftliche Orientierungen und Entwicklungen erzeugen. Aber für uns gilt: Nur wer einen eigenen Standpunkt hat, kann Toleranz üben, denn für Respektlosigkeit gegen andere, insbesondere aber für Fanatismus, Diskriminierung, Antisemitismus oder Frauenfeindlichkeit darf an Bremens Schulen kein Raum sein. Hierfür gab es immer wieder politisch und/ oder religiös motivierte Beispiele und

schon deshalb ist z.B. Hinweisen auf islamistische oder andere extremistische Aktivitäten an Schulen konsequenter als bisher nachzugehen und ggf. zu begegnen.

Bildung braucht langfristige finanzielle Planbarkeit

Bildung ist auch abhängig von einer am Bedarf und nicht an der Kassenlage orientierten angemessenen Finanzierung. Rot-Grün hat es versäumt, hier einen tatsächlichen und nicht nur einen rhetorischen Schwerpunkt zu setzen. Ihr handlungsleitendes Prinzip, einen (Bildungs-) Haushalt „auf Sicht steuern“ zu wollen, geht an allen Erfordernissen der Transparenz, Kontinuität und Planbarkeit vorbei. Insbesondere die langfristige Finanzierung von Bildung gehört auf die Agenda der allgemeinen Diskussion um die bundesstaatliche Finanzordnung. Wir wollen gleiche Chancen unserer Kinder, unabhängig von ihrem Wohnort und treten daher für eine Aufhebung des sog. Kooperationsverbotes bei der Neugestaltung der Bund-Länder-Beziehungen ein. Wir wollen aber mehr: Föderalismus darf nicht Flickenteppich und Kleinstaaterei bedeuten. Dieses gilt auch für den Bildungsbereich und entspricht den berechtigten Erwartungen der Menschen nach sozialer und geographischer Mobilität. Wir treten für mehr Konvergenz in der Bildungslandschaft sowie für mehr Vergleichbarkeit bei Standards und Strukturen ein. Mit der Neuordnung der Finanzbeziehungen sollte eine Überprüfung und Diskussion der Aufgaben- und Kompetenzzuordnung auch im Bereich Bildung einhergehen.

Bildungskonsens fortsetzen und entwickeln – Evaluation frühzeitig einleiten

Bildung braucht einen politischen Grundkonsens sowie Verbindlichkeit und Kontinuität über die Grenzen von Legislaturperioden hinaus. Das Instrument des Bildungskonsenses hat der bildungspolitischen Entwicklung in Bremen insgesamt genützt. Die CDU Fraktion ist grundsätzlich bereit sich dafür einzusetzen, ihn auf der Basis erneuter, frühzeitig eingeleiteter und erweiterter Verhandlungen fortzusetzen. Dieses ist aber nur möglich, wenn frühzeitig auf der Grundlage einer gemeinsam erarbeiteten Agenda eine umfassende Evaluation des Konsenses durchgeführt wird. Dabei ist auch externer Sachverstand einzubeziehen. Stärker als bisher sind z.B. Fragen der Bildungsgerechtigkeit und -qualität, der schulischen Entwicklung u.a. auch vor dem Hintergrund veränderter Aufgaben, der Lehreraus- und Fortbildung, der Inklusion und der Ganztagschulentwicklung, der Dauer gymnasialer Bildung (Gy8 vs. Gy9), sowie schulischer Ausstattungsstandards einzubeziehen. Auch die berufliche und berufsschulische Bildung, sowohl im Rahmen der dualen Ausbildung als auch im sog. Übergangssystem, muss stärker als bisher in den Fokus genommen werden.

Rot-Grün wird Realitäten und Ansprüchen nicht gerecht

Bildung ist von Rot-Grün im Wahlkampf und in der Koalitionsvereinbarung zu einem Schwerpunkt erklärt und mit vielen Ankündigungen versehen worden. Die Bilanz ist dagegen ernüchternd, denn vielmehr steht das Stichwort Bildung in Bremen für politische Lethargie und enttäuschte Erwartungen („Schippe-Drauf“). Überregionale Studien weisen Bremen in der Regel auf hinteren Plätzen aus; in den Investitionen in Bildung ergeben sich zunehmend Gefälle in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung. Bildung ist insgesamt in Bremen und Bremerhaven unterfinanziert, was viele Betroffene und Beteiligte, auch die Gewerkschaften, schon seit geraumer Zeit kritisieren: Dieses kann, zumindest perspektivisch, zu verschlechterten Chancen unserer Kinder, z.B. in der überregionalen Konkurrenz um Ausbildungs- und Studienplätze führen. Kammern, Ausbildungsbetriebe und Hochschulen kritisieren schon seit geraumer Zeit die häufig nicht ausreichende Ausbildungs- und Studierfähigkeit bremischer Schulabsolventen. Der CDU Fraktion in Bremen geht es deshalb

nicht um ein stumpfes „Mehr des Selben“ in der Bildungspolitik. Wir treten neben einer Verbesserung der Ressourcen und der Rahmenbedingungen für eine andere Politik ein, die hier konkretisiert werden soll:

1. Die finanzielle, personelle und infrastrukturelle **Ausstattung** der Schulen in Bremen und Bremerhaven muss mindestens dem bundesweiten Durchschnitt entsprechen. Ausstattungsmerkmale, Standards, Frequenzen und die bauliche Beschaffenheit stehen im Zusammenhang mit schulischer Qualität. Dazu fordern wir insbesondere:
 - a. Eine tatsächliche 100%-Abdeckung des zu erteilenden Unterrichts.
 - b. Eine darüber hinaus gehende Reserve zur Reduzierung des Unterrichtsausfalls, die sich der Größe nach am durchschnittlichen Bedarf der letzten fünf Jahre orientiert. Ausfallender Unterricht ist in der Regel durch zusätzliche Kräfte und nicht durch im Unterricht bereits gebundene Kräfte abzudecken.
 - c. Einsparquoten werden nicht auf den Bildungsbereich angewandt, solange nicht mindestens bundesdurchschnittliche Standards und Frequenzen erreicht sind.
 - d. Der ausstattungsbezogene Bedarf durch bereits beschlossene Reformvorhaben (Inklusion, Oberschule, Ganztagschule) wird schnellstmöglich zusätzlich dargestellt (z.B. im Bereich der „Assistenz“). Ein „Ausspielen“ von Schularten gegeneinander oder eine Abdeckung von Bedarfen (z.B. infolge des Reformvorhaben Inklusion) auf Kosten anderer (hier insbesondere die gymnasialen Oberstufen) darf es nicht mehr geben.
 - e. Um Schulen insbesondere in Brennpunktbereichen zukunftsfähig zu entwickeln, sind zusätzliche und veränderte Bedarfe, z.B. im Bereich Sozialarbeit, zu erheben und schnellstmöglich bereitzustellen. Auch Lehrkräfte brauchen für zusätzliche Aufgaben zusätzliche Zeit oder verkleinerte Klassen, z.B. um eine verdichtete Betreuung von Kindern sicherzustellen oder Elternarbeit intensivieren zu können.
 - f. Ausbildungskapazitäten, Einstellungspraxis und Personalsteuerung sind zu verbessern. Es bedarf dringend der Vorlage einer transparenten Zuweisungsrichtlinie, einheitlich für das Bundesland Bremen.
 - g. In der Bewirtschaftung von personellen und finanziellen Ressourcen ist die Mitwirkung der Schulen zu stärken. Wo möglich, ist hier auf eine höhere Eigenständigkeit hinzuwirken, die unterschiedlichen Voraussetzungen von Schulen unterschiedlicher Schularten sind aber zu berücksichtigen. Dieses setzt zudem Zeit und entsprechende (personelle) Kapazitäten sowie zusätzliche Qualifikationen im Leitungsbereich voraus.
 - h. Die Lehr- und Lernmittelfreiheit ist ein wichtiger Bestandteil Bremischer Schulwirklichkeit und spielt gerade vor dem Hintergrund sozialer Herausforderungen eine bedeutsame Rolle zur Verbesserung gerechter Bildungschancen. Sie darf durch mangelhafte Ausstattung nicht weiter ausgehöhlt werden und muss ein Anspruch der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrerinnen und Lehrer bleiben. Die Bereitstellung aktueller und hochwertiger Lehr- und Lernmittel ist eine Voraussetzung für eine ‚gute Schule‘ und bedarf deshalb einer verbesserten Umsetzung in der schulischen Praxis. Dabei können auch die Möglichkeiten neuer Medien (z.B. E-Books) noch stärker genutzt werden.
 - i. Der Arbeitsplatz „Klassenzimmer“ hat sich verändert. Wir brauchen endlich ein verbindliches Personalentwicklungskonzept zur gesundheitlichen Vorsorge für Lehrkräfte, insbesondere zur Prävention und zur Bekämpfung von Langzeiterkrankungen oder vorzeitiger zur Ruhesetzung.

- j. Für schulische Qualität ist der Zustand schulischer Infrastruktur von erheblicher Bedeutung. Wir wollen keine verminderten Reinigungsstandards, z.B. an Grundschulen, oder Sport in Hallen, die baulichen Mindestanforderungen nicht mehr gerecht werden.
2. Stärker als bisher ist die Steigerung der schulischen **Qualität** als Schwerpunktthema der Schulentwicklung in den Mittelpunkt zu rücken. Mit Leistungsorientierung und Anstrengung sowie einem Anspruch auf individualisierte Förderung muss die Kultur des Förderns und Forderns weiterentwickelt werden. Dazu erwarten wir insbesondere:
- a. Wir wollen einen unabhängigen Schul-TÜV, der transparent, offen und regelmäßig Schulen überprüft und anleitet. Ziel ist dabei die partnerschaftliche Förderung, nicht etwa ein „Ranking“ oder gar die „Stigmatisierung“ einzelner Schulen. Maßstäbe müssen überregionale Standards und Anforderungen unter Berücksichtigung der sehr schulspezifischen Voraussetzungen sein. (Falsch verstandener) Datenschutz darf die Vergleichbarkeit und Transparenz nicht verhindern. Auch Zertifizierungen und Auditierungen auf der Grundlage transparenter und verbindlicher Mindeststandards und schulindividueller Zielvereinbarungen können geeignete Instrumente zur Qualitätsentwicklung sein.
 - b. Fachfremd erteilter Unterricht muss schnellstmöglich auf ein möglichst geringes, höchstens aber bundesdurchschnittlich übliches, Ausmaß reduziert werden. Dieses Ziel wollen wir in den kommenden fünf Jahren erreichen.
 - c. Der Grundsatz „Auf den Anfang kommt es an“ muss wieder erhöhte Bedeutung gewinnen. Die Heterogenität eingangs der Grundschule muss reduziert und die Schulfähigkeit insgesamt, im Schwerpunkt aber im sprachlichen Bereich, verbessert werden. Wir wollen die frühkindliche Phase in den Kitas mehr als bisher unter dem Gesichtspunkt gezielter Bildung nutzen und enger mit dem schulischen Bereich verzahnen. Für den Bedarfsfall wollen wir ein verbindliches Vorschuljahr einführen. Ggf. sind hierzu veränderte rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen.
 - d. Bildung und Abschlüsse dürfen nie in eine Sackgasse führen. Wir erwarten, dass der Bereich der Weiterbildung gestärkt und jeder Bildungsgang mit dem Erwerb eines anschlussfähigen Abschlusses beendet wird. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist kontinuierlich zu verbessern. Die Schulvermeidung muss weiter zurückgeführt werden.
 - e. Schulische Leistung und schulisches Verhalten bedarf der Rückmeldung und Bewertung. Neben einer Darstellung von Hinweisen zu Stärken, Schwächen, Fortschritten und Defiziten der Schülerinnen und Schüler in schriftlicher Form, gehört für uns ab der 3. Klasse in der Regel eine Dokumentation der Leistungen in Notenform dazu. Die erbrachte schulische Leistung muss dann aber auch diskriminierungsfrei bestimmendes Auswahlkriterium sein, z.B. bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen.
 - f. Fordern heißt nicht überfordern: Wir wollen Zeit für Kinder auch außerhalb von Schulen, etwa im Freundeskreis, in Vereinen, Musikschulen oder Gemeinden. Dazu sollen Schulen - insbesondere im Ganztags - verstärkt, partnerschaftlich und zum gegenseitigen Nutzen die Zusammenarbeit mit bildungsnahen Trägern suchen und in schulische Angebote einbinden. Bei Unterricht am Nachmittag sollen in der Regel keine zusätzlichen Hausaufgaben aufgegeben werden.
 - g. Schule soll Anregung bieten, Neugierde, Verantwortungsbewusstsein und Verständnis für Zusammenhänge erzeugen, zu Teilhabe und Engagement

anregen, Werte vermitteln, Natur erlebbar machen, Realität abbilden und Freude daran vermitteln. Wir wollen dazu mehr als bisher außerschulische, auch informelle Lehr- und Lernorte nutzen. Dazu gehören z.B. die vielfältigen Angebote der Kultur, der Museen, der ‚Denkorte‘, der ‚Science-Center‘ ebenso wie Betriebe und soziale Einrichtungen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den Klassenfahrten in Schullandheime und Jugendherbergen, die wir verbindlicher als bisher vorsehen wollen.

3. Die in Bremen besonders ausgeprägte **Chancengerechtigkeit** und die im Ländervergleich höchste Abhängigkeit des Bildungsabschlusses vom sozialen Status der Eltern, sind nach Jahrzehnten durchgängiger Verantwortung der SPD für das Bildungsressort ein Desaster für die gesellschaftliche Gerechtigkeit und Beteiligung sowie für die soziale und wirtschaftliche Mobilität. Wir wollen dem eine individualisierte Förderung und Forderung entgegenstellen, die Interessen, Motivation, Engagement und Leistungsvermögen des Einzelnen in den Vordergrund stellt. Dazu fordern wir im einzelnen:
 - a. Der bedarfsgerechte Ganztagschulausbau muss in allen Schularten quantitativ schneller als bisher vorangetrieben werden. Entscheidend muss der Elternwille sein, dem wir durch einen bundesweiten Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz entsprechen wollen. Ebenso wichtig: Qualitativ sollen sich Ganztagschulen im Schwerpunkt in der gebundenen Form entwickeln. Hierin sehen wir nicht nur eine Möglichkeit der verbesserten sozialen Intervention, sondern auch eine Voraussetzung für die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
 - b. Wir wollen eine verstärkte eigenständige Profilierung von Oberschule und Gymnasium. Oberschulen sollen mit einem Schwerpunkt auf eine verbesserte Berufsfähigkeit ausgerichtet werden, während der Besuch des Gymnasiums stärker als bisher auf ein Studium hin orientiert sein soll, ohne das infrage steht, dass beide Bildungsstränge auch weiterhin nach individueller Leistung potentiell bis zum Abitur führen. Die Verbesserung der Berufsorientierung an der Oberschule muss durch eine optimierte Zusammenarbeit der Schulen mit beruflichen Schulen/ Betrieben, einer früheren und verbindlichen berufsbezogenen Diagnostik und Beratung sowie einer stärkeren Ausrichtung des Unterrichts auf wirtschaftliche und beruflich relevante Inhalte erreicht werden. Gymnasien sollen nach Auffassung der CDU Fraktion die Zusammenarbeit mit den Hochschulen intensivieren, um Abiturienten verbessert auf die Anforderungen eines Studiums vorzubereiten.
 - c. Kein Abschluss ohne Anschluss. Dazu bleibt die Durchlässigkeit der Bildungsgänge ein unverzichtbarer Grundsatz und muss, wo notwendig, weiter verbessert werden. Für Gymnasien soll ab der 7. Klasse aber auch eine Rückversetzung in die Oberschule als ‚ultima ratio‘ möglich sein.
 - d. Wir wollen die Transparenz unseres schulischen Systems verbessern. Insbesondere für zugewanderte Menschen brauchen wir neben gedruckten oder im Internet verfügbaren Informationen direkte, persönliche und (sprachlich) barrierefreie Informationsmöglichkeiten vor Ort.
 - e. Eine besondere Herausforderung, auch für das Bildungssystem, ist aktuell die Integration von Flüchtlingskindern. Insbesondere unbegleitete Flüchtlingskinder, haben einen Anspruch auf unsere Unterstützung und Solidarität. Sie sind schneller als bisher in eine schulische und betreuende Struktur einzubeziehen, die ihnen hilft, ihre Erfahrungen zu verarbeiten und ihre Talente zu entwickeln, die einbindet und fördert und nicht lediglich

verwahrt und beschäftigt. Dieses zügig zu verbessernde und zu verdichtende Angebot muss auch die Erwartung umfassen (und ggf. darauf hinwirken), sich nach unseren Normen, Werten und Regeln zu verhalten.

4. Fragen der schulischen **Struktur und Entwicklung** sind konsensorientiert zu erörtern. Aber auch hier brauchen wir mit Blick auf veränderte Anforderungen eine perspektivische Entwicklung. Dazu fordern wir:
 - a. Die Zusammenführung aller Bildungsfragen in einer Hand unter dem Dach des für Bildung und Wissenschaft zuständigen Ressorts. Dieses gilt z.B. für die frühkindliche Bildung, aber auch für die Weiterbildung.
 - b. Wir wollen die Entwicklung einer „Schule 2025“. Diese Schule bündelt nicht nur jugendbezogene Aufgaben, sondern ist auch Kristallisationspunkt stadtteil- und quartiersbezogener Arbeit mit Kindern. Eine Arbeitsgruppe entwickelt diesbezügliche Perspektiven, die im Rahmen der Konsensverhandlungen beraten werden sollen.
 - c. Neue Medien erzeugen Chancen und Risiken. Wir wollen eine intensivere Medienerziehung als fächerübergreifendes Prinzip. Die Chancen moderner digitaler Technik (Medien, WLAN, E-Book etc.) wollen wir durch einen Modellversuch „Papierlose Klasse“ in der Oberschule, Berufsschule und/oder im Gymnasium evaluieren. Schulische Konzepte müssen selbstverständlicher Bestandteil der Smart City Strategie des Senats werden.
 - d. Schulen in freier Trägerschaft werden in die schulische Entwicklung mit einbezogen. Eine neue Novelle des „Privatschulgesetzes“ wird auf der Grundlage von Einvernehmen erarbeitet.
 - e. Wir wollen eine weitere Intensivierung der individuellen Förderung für alle, die für Menschen mit Behinderungen durch die Inklusion auf den Weg gebracht wurde. Dazu gehören z.B. auch systematisierte und verbesserte Förderungsmöglichkeiten für Hochbegabungen.

5. Die **Evaluation des Bildungskonsenses** ist jetzt mit einer Themenfindung und der Konzeption einer Arbeitsorganisation in Kooperation mit den am Konsens Beteiligten vorzubereiten. Strukturen sind grundsätzlich auf Kontinuität anzulegen; das Prinzip eines differenzierenden und gegliederten Schulsystems steht für uns schon deshalb nicht zur Disposition. Schularten sollen nicht grundsätzlich infrage gestellt, Entwicklungsmöglichkeiten, auch standortbezogen, aber bewertet werden. Darüber hinaus ist zu fordern:
 - a. Für das Gymnasium ist ein qualitativer und quantitativer Entwicklungskorridor zu schaffen. Auch gymnasiale Neugründungen, z.B. im Bremer Westen, sollen möglich sein. Gymnasien sind auch zukünftig bedarfsgerecht und angemessen auszustatten.
 - b. Wir stehen grundsätzlich zur Dualität von Gy8 und Gy9. Kontinuität und ein Mindestmaß an bildungspolitischen Gleichklang der Bundesländer muss hier grundsätzlich Vorrang vor dem aktionistischen „Hin-und-Her“, den unreflektierten Alleingängen und dem föderalen Durcheinander der Vergangenheit haben. Dieses darf aber kein Verschließen der Augen vor Problemen und häufig nachvollziehbarer Kritik bedeuten: Deshalb soll die Dauer des gymnasialen Bildungsganges für alle Schularten unter breiter Beteiligung der Betroffenen und unter Einbeziehung von externen Erfahrungen ergebnisoffen überprüft werden. Dabei sind Möglichkeiten einer Entwicklung im Rahmen der bestehenden Regelungen, z.B. durch eine ökonomischere Nutzung von Zeit oder die Überprüfung von Bildungsinhalten, vorrangig vor

einer ‚Systemveränderung‘ zu prüfen und ggf. umzusetzen. Hat dieses keinen Erfolg oder verspricht dieses keinen Erfolg, ist die Rückkehr zu Gy9, z.B. im Rahmen einer Wahlmöglichkeit auch an Gymnasien, eine pragmatisch und vorrangig an den Interessen der Schülerinnen und Schüler zu entscheidende Frage.

- c. Schulstrukturen müssen hinsichtlich ihres Ressourceneinsatzes und Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Wir sehen potentiellen Veränderungsbedarf in der Oberstufenstruktur und im sog. Übergangssystem. Wir wollen eine Entwicklung hin zu größeren Oberstufen und eine stärkere Konzentration auf die berufliche Ausbildung im dualen System.
- d. Erste Erfahrungen mit der Inklusion bedürfen ebenfalls der Überprüfung. Ohne den Grundsatz infrage zu stellen, gilt das z.B. für die konzeptionellen Ansätze, Standards und rechtlichen Bedingungen, die Ausbildung und Vorbereitung der Lehrkräfte sowie auch für den ressourcen- und infrastrukturbezogenen Ausstattungsrahmen.
- e. Einer Überprüfung bedürfen auch die schon jetzt üblichen Dienstleistungen „rund um Schule“, z.B. in den Bereichen Assistenz, Schulverpflegung oder im Transport von Schülerinnen und Schülern. Hier sind nicht nur Qualität und Standards einer Bestandsaufnahme zu unterziehen, sondern auch die Organisation: So ist z.B. zu bewerten, ob die Vielfalt von Trägern an jeder Schule zweckmäßig ist.